

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 61. Ratssitzung vom 4. September 2019

1607. 2018/316

Motion der SVP-Fraktion vom 29.08.2018:

Aufstockung der Mitarbeitenden an der Front bei der Stadtpolizei

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin der Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 302/2018): Hier geht es um die Motion, über die schon viel berichtet wurde. Der Tages-Anzeiger schrieb darüber, dass die Führung der Polizei dafür ist, auch wenn das mittlerweile wieder anders dargestellt wurde. Auch wenn Sie mit Polizistinnen und Polizisten im Korps sprechen, werden Sie viel Sympathie für den Vorstoss finden. An der Front braucht es eindeutig mehr Polizistinnen und Polizisten. Warum braucht es mehr? Wenn sich eine Gruppe zusammenschliesst und Krawall macht, kommt die Polizei und die Gruppe vergrössert sich dank einer falschen Solidarität. Dann geschehen tätliche Angriffe gegen unsere städtischen Angestellten. Das ist nicht akzeptabel. Früher geschahen diese Exzesse vor allem an den Abenden des Wochenendes, bei so genannten Hochrisikospiele und bei illegalen Demonstrationen des Schwarzen Blocks. In den letzten Jahren hat die Anzahl dieser Vorfälle stets zugenommen. Aber auch der Wochentag oder die Uhrzeit, etwa von den Hochrisikospiele oder der bewilligten und unbewilligten Demonstrationen et cetera, spielt heute keine Rolle mehr. Um den polizeilichen Auftrag in diesem Umfeld wahrnehmen zu können, braucht es eine Aufstockung des Korps. Natürlich geschieht das nicht von heute auf morgen, deshalb wird in der Motion dem Stadtrat auch Zeit für deren Umsetzung gegeben. Diese Veränderungen haben wohl auch dazu geführt, dass man nicht mehr so einfach neue Leute von anderen Korps rekrutieren kann, weshalb die eigene Ausbildung gestärkt werden muss. Polizistinnen und Polizisten arbeiten deutlich mehr und unter härteren Bedingungen als andere Angestellte der Verwaltung. Um Fehlentscheide zu verhindern, ist es wichtig, dass man ihnen die Ruhezeiten ermöglicht. Aus gewerkschaftlicher Sicht sollte man diesen Antrag also unterstützen, um Doppeleinsätze zu vermeiden, die geschehen, wenn ein Anlass den anderen jagt und gleichzeitig die normale Bereitschaft erhalten werden muss. Der Bedarf für die von uns beantragten 52 Stellen ist heute schon ausgewiesen und nicht erst in der Zukunft.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart Sutter: Die SVP fordert 52 zusätzliche Polizisten, die an der Front arbeiten. Der Stadtrat ist bereit, dies als Postulat entgegen zu nehmen, lehnt aber die Motion ab. Polizeiliche Leistungen werden beeinflusst von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, von strategischen Zielen des Sicherheitsdepartements und von der Ent-

wicklung der allgemeinen Sicherheitslage. Diese drei Faktoren werden bei der Ressourcenplanung berücksichtigt. Einer der wichtigsten Treiber sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir haben es gehört: Die zunehmende Mobilität und die 24-Stunden-Gesellschaft sind zusätzliche Herausforderungen. Zürich ist eine Eventstadt. Aber auch die Bevölkerungszunahme spielt eine Rolle: 2018 hatten wir 428 000 Einwohner in der Stadt Zürich, im Jahr 2035 rechnen wir mit 505 000 Menschen – das bedeutet, dass man die Ressourcen der Stadtpolizei im Auge behalten muss, um das hohe Sicherheitsniveau in der Stadt zu erhalten. Gleichzeitig möchten wir auch schlanke und effiziente Prozesse und Strukturen. Wir achten aber auch darauf, dass wir in Sachen Reaktionszeit der Stadtpolizei nahe bei der Bevölkerung sind. Ein Drittel der Befragten wünschte, dass die Stadtpolizei näher bei ihnen, bei den Leuten und ansprechbar ist. Zu definieren, welche zusätzlichen Ressourcen benötigt werden, ist Aufgabe der Polizei und von mir. Es ist wenig zielführend, wenn Sie in der Motion 52 zusätzliche Stellen für Fronteinsätze schaffen möchten. Erst im letzten Budget haben wir zehn zusätzliche Stellen für den Assistenzdienst Konsulatsschutz beantragt, bei dem wir Bundesaufgaben übernehmen. Wir erhalten die Leute, wenn wir sie für bestimmte Aufgaben benötigen. Wir setzen uns also immer wieder mit der Ressourcenplanung auseinander, darum sagen wir auch, dass wir den Vorstoss als Postulat gerne entgegennehmen, die Motion aber ablehnen. Ich möchte auf die Fraktionserklärung zurückkommen, die sich auf den Vorfall von letztem Samstagabend bezieht. Diese unterstellte, der Vorfall sei nur darum möglich gewesen, weil die Polizei politisch zu wenig unterstützt werde und nur in ungenügender Anzahl ausrücken könne. Das ist eine gewagte Aussage.

Weitere Wortmeldungen:

Sarah Breitenstein (SP): Das Personalmanagement ist keine Aufgabe des Gemeinderats. Die Stellenschaffungskompetenz liegt vollumfänglich bei der Polizei und der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements. Die Verwaltung, beziehungsweise die Stadtpolizei hat die Aufstockung des Personals im Rahmen des Budgets zu beantragen – genau das haben sie 2019 gemacht und wir haben zehn zusätzliche Stellen genehmigt. Für uns ist auch nicht schlüssig, warum es genau 52 zusätzliche Mitarbeiter sein sollen und warum die an der Front eingesetzt werden müssen. Wo und wie Mitarbeiter eingesetzt werden, sollte nicht der Gemeinderat bestimmen. Wir sehen auch kein Bedürfnis, dass die Polizei um genau so viele Mitarbeiter aufgestockt werden müsste. Es trifft zwar zu, dass die Bevölkerungszahl in der Stadt gestiegen ist und wir wollen auch nicht in Abrede stellen, dass sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Verhältnisse gewandelt haben. Gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik der Stadt Zürich aus dem Jahr 2018 hat die Anzahl der festgestellten Straftaten gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen, befindet sich aber immer noch auf dem drittiefsten Stand seit 2009. Zugenommen haben vor allem Körperverletzungsdelikte. Diese geschahen vor allem in den Ausgangsmeilen und am Wochenende. Ein Höchststand haben allerdings die Angriffe auf Stadtpolizisten erreicht, das ist zugegebenermassen eine unerfreuliche Entwicklung. Auch diese Delikte finden aber hauptsächlich bei bekannten Hotspots statt. Die Polizei weiss das und kann sich bei der Einsatzplanung entsprechend vorbereiten. Eine Erhöhung der Anzahl Polizisten oder eine verstärkte Polizeipräsenz allein ist zur Verhinderung solcher Delikte unserer Meinung nach nicht zielführend. Wir sind der Ansicht, dass sich solche

Probleme durch mehr Repression nicht lösen lassen. Eine weitere Frage stellt sich bei der Umsetzung der Motion. Die neuen PolizistInnen müssten irgendwo untergebracht werden. Die Polizeistationen werden nicht einfach so mehr Kapazitäten für neue Mitarbeiter haben. Diese brauchen einen Büroplatz, Fahrzeuge, Ausrüstung et cetera – man müsste also die Infrastruktur dafür bereitstellen. Mir gegenüber sagten PolizistInnen, sie wüssten gar nicht, wo sie zusätzliche KollegInnen einsetzen sollten. Das Problem besteht ihrer Meinung nach eher darin, dass sie zu viel an der Front sind und zu wenig im Büro ihre Rapporte verfassen können. Ich stelle mir die Frage, wie solche zusätzlichen BeamtInnen eingesetzt werden könnten, wenn gerade kein Scharmützel stattfindet. Es kann nicht sein, dass das ganze Korps auf Reserve bereitstehen muss, für den Fall, dass es zu einer Auseinandersetzung kommt. Es ist dem Sicherheitsdepartement zuzutrauen, eine vernünftige Bedarfsplanung vorzunehmen, damit die Personalstruktur den gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst bleibt. Eine Motion wie die vorliegende geht zu weit und greift in die Kompetenzen des Stadtrats ein. Die Stadträtin ist gemäss Antwort bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und den Personalbestand zu überprüfen. Dem wollen wir nicht im Wege stehen und schlagen folgende Textänderung vor: Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine personelle Langfriststrategie bei der Stadtpolizei im Zusammenhang mit einer sich wandelnden und wachsenden Stadt vorgelegt werden kann. Falls diese Textänderung angenommen wird, werden wir dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

Sven Sobernheim (GLP): *Eine Langfriststrategie für eine Stadtpolizei ist begrüssenswert, dies im Gegensatz zu einer Zahl von 52. Daher sind wir bereit den Vorstoss mit Textänderung als Motion und Postulat zu unterstützen. Man muss sich Gedanken machen, wie viele Polizisten man langfristig für welche Aufgaben einsetzen möchte. Wir wollen nicht, dass jährlich im Budget ein Mehrbedarf angemeldet wird, ohne dass man sich fragt, wohin man mit dieser Polizei eigentlich will. Ich gebe zu, eine Langfriststrategie birgt auch ein gewisses Risiko, wie man in einem anderen Departement sehen kann. Aber es ist sicher zu begrüßen, sich diese Gedanken zu machen: Vielleicht besteht in Zukunft ein Zug bei der Polizei nicht mehr aus 52, sondern aus 80 Leuten, weil auch nicht mehr alle Polizisten an der Front 100 Prozent arbeiten möchten oder können, sondern auch dort ein gewisser Anteil an Teilzeitkräften etabliert wird. Wenn das Argument vorgebracht wird, der Kommandant der Polizei begrüsse in den Medien, wenn er mehr Stellen erhält, dann muss ich ihnen sagen: Zeigen Sie mir einen einzigen Chef, der sagt, er wolle nicht mehr personelle oder finanzielle Ressourcen. Ich möchte mich gegen eine Unterstellung der SVP wehren, dass wir kein Personal bei anderen Korps finden würden, weil wir auf dem Markt einen so schlechten Ruf hätten. Die Stadtpolizei hat ihren Sollbestand deutlich vor dem Kanton erreicht und wir hatten selten Probleme, unseren Sollbestand zu füllen. Es mangelt nicht an Attraktivität der Stadtpolizei als Arbeitgeber.*

Andreas Egli (FDP): *Wir haben als Gemeinderat durchaus eine Kompetenz zu sagen, wo wir wie viele Stellen haben möchten. Beantragt werden die Stellen tatsächlich aus den Departementen, aber wir bewilligen diese Stellen durch das Budget oder durch entsprechende Motionen unter dem Jahr. Das sieht hier bei der Polizei gar nicht anders aus. Die FDP unterstützt sowohl die Motion als auch das Postulat in der jetzigen Form, wie auch mit der Textänderung. Wir sind der Meinung, es braucht zusätzliche Stellen bei*

der Polizei. Wir haben bereits in der Budgetdebatte moniert, dass bei der Stadtpolizei sehr viele Überstunden anfallen und dass es aus gewerkschaftlicher Sicht bedenklich ist, wenn unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Polizei so viele Überstunden leisten müssen. Das hätte bereits geändert werden können, hätte man die begrenzte Anzahl Stellen bewilligt. Dort Ja zu sagen, wäre der SP leichtgefallen und auch wir hätten die entsprechenden Mehrkosten bewilligt. So hätte auch die SP heute getrost Nein sagen können zu den 52 Stellen, ohne in die Bredouille zu geraten, doch nun probiert sie es mit einer Textänderung, die schlussendlich wertlos sein wird. Im Ergebnis ist es begründet, dass bei der Polizei mehr Stellen geschaffen werden und dass eine Planung aufzeigen sollte, wie dieser Ausbau aussehen könnte. Was sicher nicht unter das Kapitel mehr Stellen bei der Polizei fallen kann, ist, wenn Bundesaufgaben neuerdings von der Stadtpolizei wahrgenommen werden. Dabei handelt es sich nur um eine sprachliche Anpassung. Der heutige Vorschlag von Links wird an den Überstunden und der sozialen Belastung der Polizistinnen und Polizisten nichts ändern, die über Gebühr Bereitschaftsdienst leisten. Die Lösung ist, der Motion der SVP heute zuzustimmen. Es wird sowieso nicht von heute auf morgen geschehen, dass 52 zusätzliche Polizisten eingestellt werden, aber es geht um den Raum, den man der Polizei gewährt, 52 zusätzliche Stellen besetzen zu können und die Ausbildung zusätzlicher Aspirantinnen und Aspiranten in Angriff zu nehmen und ihnen die Sicherheit einer zukünftigen Arbeitsstelle zu bieten. Abschliessend möchte ich Sven Sobernheim (GLP) entgegenen: Die Beliebtheit der Stadtpolizei als Arbeitgeber könnte tatsächlich zu einem Problem werden, wenn man von heute auf morgen 52 zusätzliche Stellen schaffen würde – zu einem Problem für andere Korps, wo viele auf eine Stelle bei der Stadtpolizei warten. Ob die Aufstockung über eine verstärkte Ausbildung oder über das Werben auf dem freien Markt erfolgt, spielt für uns keine Rolle.

Res Marti (Grüne): Die Leistung der Polizei als Ganzes ist wirklich gross. Die Anzahl Straftaten pro Einwohnerin und Einwohner haben in den letzten Jahren in allen erfassten Kategorien stetig abgenommen und die Aufklärungsquote bleibt stabil. Auch die Verkehrsunfälle – mit Ausnahme der Velounfälle – nehmen seit Jahren ab. Die Aufgabe der Polizei ist also stabil erfüllt, auch wenn sie das mit einem im Verhältnis zur Bevölkerung kleineren Korps macht. Das bedeutet nichts anderes als dass die Sicherheitsdirektion effizient mit ihren Mitteln umgeht. Wenn das Wohl der Polizeiangestellten unter der personellen Situation leiden würde, kann Stadträtin Karin Rykart Sutter als ehemaliges Mitglied des VPOD im Budget sofort eine Erhöhung des Korps beantragen. Wir lehnen das Postulat auch mit der Textänderung ab. Wir sind der Meinung, dass wir Stadträtin Karin Rykart Sutter nicht über ein Postulat ihr Stellenprofil übermitteln müssen.

Peter Anderegg (EVP): Wir möchten das Geschäft als Postulat, nicht aber als Motion unterstützen. Es ist so, dass die Polizei mehr Frontpersonal braucht. Aber niemand von uns hier drinnen hat die Kompetenz zu sagen, wie viele das genau sind. Wir möchten mit dem Überweisen des Postulats der Stadträtin den Rücken stärken und sagen: Es braucht mehr Personal und wir sind bereit die daraus entstehenden Kosten zu tragen und zu bewilligen. Aber der Stadtrat müsste sagen, wie viele zusätzliche Polizisten es genau sind.

Roger Bartholdi (SVP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wer in der Budgetdebatte dabei war, weiss: dort wird um jede Stelle gekämpft. Das ist auch die Hoheit des Parlaments. Wenn ich der SP-Votantin zuhöre, dann können wir ja auf die Budgetdebatte verzichten, wenn wir diese Hoheit nicht mehr haben. An Sven Sobernheim (GLP) möchte ich sagen: Wenn man an einer Vereidigungsfeier teilnimmt, sieht man nur eine oder zwei Personen aus anderen Korps. Das ist bei 60 Ausgebildeten nur ein kleiner Prozentsatz, der von anderen Korps stammt. Wir erfüllen unseren Sollbestand so schnell, weil wir zu wenig suchen, weil der Bestand zu klein ist. Man sollte auch nicht mit der Führung sprechen, sondern mit der Basis – mit jenen, die jeden Tag auf der Strasse sind. Diese wissen am besten, wo genügend Personal arbeitet und bei denen herrscht Alarmstufe rot. In keiner anderen Dienstabteilung oder keinem anderen Departement hat man solche Zustände wie bei den Polizistinnen und Polizisten – das sieht man an der Überzeit, den Zusatzeinsätzen und den erschwerten Bedingungen. Ich staune, wie man überall den Personalbestand erhöht, nur bei der Polizei heisst es gleich: das ist Repression! Der kleinste Teil der Polizeiarbeit ist aber Repression, meistens geht es darum, Fragen zu beantworten, Obdachlose dazu zu überreden, an anderen Orten zu schlafen und Dienstleistungen zu erbringen. Die Bevölkerung profitiert davon, wenn fünf bis zehn Personen zusätzlich auf der Strasse sind. Zum Antrag der SP: man kann einem Vorstoss Zähne und Zunge ziehen und dabei von einer Langfriststrategie zu sprechen. Darauf sage ich: einen solchen Vorstoss kann man höchstens zusätzliche machen. Aber der Bedarf ist heute ausgewiesen, das sagt fast jede Polizistin oder jeder Polizist, und die anderen sagen es einfach nicht.

Roger Bartholdi (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Roger Bartholdi (SVP) mit 70 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
129	Anken	Walter	SVP	JA
161	Anderegg	Peter	EVP	NEIN
088	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
084	Angst	Walter	AL	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	NEIN
175	Avdili	Përparim	FDP	JA
148	Balsiger	Samuel	SVP	--
134	Bartholdi	Roger	SVP	JA
071	Bätschmann	Monika	Grüne	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	NEIN
042	Beer	Duri	SP	NEIN

168	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
060	Blättler	Florian	SP	NEIN
112	Bourgeois	Yasmine	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
018	Breitenstein	Sarah	SP	NEIN
154	Brunner	Alexander	FDP	--
166	Brunner	Susanne	SVP	--
054	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
070	Bürgisser	Balz	Grüne	NEIN
122	Bürki	Martin	FDP	JA
143	Danner	Ernst	EVP	NEIN
065	Denoth	Marco	SP	--
061	Diggelmann	Simon	SP	--
079	Eberle	Natalie	AL	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
176	Egger	Urs	FDP	JA
127	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	NEIN
059	Erdem	Niyazi	SP	NEIN
118	Eugster	Emanuel	SVP	JA
033	Fischer	Renate	SP	NEIN
162	Föhn	Roger	EVP	NEIN
014	Frei	Dorothea	SP	NEIN
045	Früh	Anjushka	SP	NEIN
024	Fürer	Brigitte	Grüne	--
101	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
087	Garcia Nuñez	David	AL	--
049	Geissbühler	Marco	SP	NEIN
009	Giger	Nicole	SP	NEIN
002	Glaser	Helen	SP	NEIN
150	Götzl	Martin	SVP	--
020	Graf	Davy	SP	NEIN
066	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
098	Hofer Frei	Simone	GLP	NEIN
013	Huber	Patrick Hadi	SP	--
010	Huberson	Nadia	SP	NEIN
092	Hüni	Guido	GLP	NEIN
114	Huser	Christian	FDP	JA
115	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
120	Iten	Stephan	SVP	JA
011	Kägi Götz	Maya	SP	NEIN
038	Kälin-Werth	Simon	Grüne	NEIN

057	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
085	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
026	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
141	Kleger	Thomas	FDP	JA
025	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
153	Kobler	Raphael	FDP	JA
046	Kraft	Michael	SP	NEIN
094	Krayenbühl	Guy	GLP	NEIN
075	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
069	Kurtulmus	Muammer	Grüne	NEIN
048	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
121	Leiser	Albert	FDP	JA
077	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
052	Maggi	Luca	Grüne	NEIN
081	Maillard	Patrik	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
008	Manz	Mathias	SP	NEIN
005	Marti	Elena	Grüne	NEIN
037	Marti	Res	Grüne	NEIN
146	Marty	Christoph	SVP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
103	Meyer	Pirmin	GLP	NEIN
093	Monn	Christian	GLP	NEIN
055	Moser	Felix	Grüne	NEIN
157	Müller	Marcel	FDP	JA
164	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Näf	Ursula	SP	NEIN
102	Novak	Martina	GLP	NEIN
108	Pflüger	Severin	FDP	JA
039	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
144	Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
058	Renggli	Matthias	SP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
130	Richter	Derek	SVP	JA
082	Romanelli	Olivia	AL	NEIN
022	Roose	Zilla	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
062	Sangines	Alan David	SP	NEIN

063	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
001	Schatt	Heinz	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
003	Schiwow	Mischa	AL	NEIN
067	Schmid	Marion	SP	NEIN
135	Schmid	Michael	FDP	JA
173	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
170	Schwendener	Thomas	SVP	--
183	Seidler	Christine	SP	--
117	Señorán	Maria del Carmen	SVP	JA
099	Siev	Ronny	GLP	NEIN
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
139	Silberschmidt	Andri	FDP	JA
132	Sinovic	Dubravko	SVP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
015	Speck	Roger-Paul	SP	NEIN
034	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
178	Tognella	Roger	FDP	--
109	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
041	Urben	Michel	SP	NEIN
151	Urech	Stefan	SVP	JA
174	Ursprung	Corina	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
156	Vogel	Sebastian	FDP	JA
044	Wey	Natascha	SP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
021	Ziswiler	Vera	SP	NEIN
136	Zürcher	Martina	FDP	JA
125	Zygmont	Dominique	FDP	JA

Die Motion wird mit 32 gegen 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat